

Herr Dr. Jürgen Zastrow

CDU

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Barbara Brunelli

GOL

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Robert Gaida

auf Vorschlag der FDP

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Herr Dr. Peter Krebs

Auf Vorschlag der Seniorenvertretung

Frau Michaela Diers

AIDS-Hilfe Köln e.V.

Verwaltung

Dr. Herbert Berger

Frau Dr. Anne Bunte

Vertreterin der Gesundheitsverwaltung

Herr Johannes Feyrer

Herr Josef Fuchs

Frau Dr. Natalie Funke

Herr Stadtdirektor Guido Kahlen

Frau Sabine Kuhlhoff

Herr Prof. Dr. Dr. Alex Lechleuthner

Herr Dr. Dieter Maffei

Frau Beigeordnete Henriette Reker

Herr Jörg Simon

Herr Klaus-Peter Völlmecke

Herr Prof. Dr. Gerhard Wiesmüller

Schriftführerin

Frau Evelyne Fuchsberger-Meyer

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

Frau Jana Schiele	Pro Köln
Frau Uschi Röhrig	Die Linke.Köln

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Hartmut Steffens	auf Vorschlag der CDU
Herr Thomas Eichmüller	auf Vorschlag der Grünen

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Uta Grimbach-Schmalfuß	Sozialverband Deutschland e.V. Bezirk Köln-Leverkusen-Rhein-Erftkreis
-----------------------------	---

Die Ausschussvorsitzende RM Frau Schmerbach begrüßt die Anwesenden zur 14. Sitzung des Gesundheitsausschusses in der Wahlperiode 2009/2014.

Sie schlägt vor, den TOP 6.4 – Psychiatriebericht 2011 des Gesundheitsamtes der Stadt Köln - mit Punkt 0.2 und TOP 3.1 – Vorsorge gegen die Ausbreitung der sog. EHEC-Bakterien beim Menschen – mit TOP 6.8 – Gesundheitlicher Verbraucherschutz –, jeweils zusammen zu behandeln.

Danach gibt sie den Dank des Kölner Lesben- und Schwulentages e.V. (KLuST) für die kurze Unterbrechung der Sitzung des Gesundheitsausschusses anlässlich des RainbowFlash am 17.05.2011 an die Ausschussmitglieder weiter.

Der Gesundheitsausschuss ist mit der von der Verwaltung vorgelegten erweiterten Tagesordnung sowie mit den Änderungswünschen der Ausschussvorsitzenden einverstanden und legt die Tagesordnung wie folgt fest:

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

A. Verpflichtung von sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohnern gemäß § 5 der Hauptsatzung

0.1 Vorstellung der Stelle für TBC-Beratung des Gesundheitsamtes

0.2 Vorstellung des Psychiatrieberichts 2011 des Gesundheitsamtes

1 Gleichstellungsrelevante Themen

2 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

2.1 Adäquate längere Unterbringungsmöglichkeiten von psychisch kranken Menschen
hier: Anfrage von RM Frau Schmerbach in der Sitzung des Gesundheitsausschusses am 17.05.2011
2411/2011

2.2 Investitionen in die Feuerwehr und den Rettungsdienst
hier: Ergänzende Mitteilung zur Beantwortung einer Anfrage des Gesundheitsausschusses vom 17.05.2011
2274/2011

2.3 Gesundheitliche Versorgung von Obdachlosen im allgemein medizinischen und im zahnmedizinischen Bereich
hier: Anfrage von RM Frau Schmerbach in der Sitzung des Gesundheitsausschusses am 17.05.2011
2739/2011

3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1 Vorsorge gegen die Ausbreitung der sog. EHEC-Bakterien beim Menschen
Anfrage der CDU-Fraktion vom 03.06.2011
AN/1143/2011
AN/1143/2011

4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4.1 Sparpotenzial bei der Beschaffung von Rettungstransportwagen nutzen
Antrag der FDP-Fraktion vom 06.06.2011
AN/1124/2011

4.1.1 Sparpotenzial bei der Beschaffung von Rettungstransportwagen
hier: Stellungnahme zu einem Antrag der FDP Fraktion (AN/1124/2011) nach
§ 3 der Geschäftsordnung
2556/2011

5 Beschlussvorlagen

5.1 System für Medien- und Informationsmanagement und Visualisierung bei der
Berufsfeuerwehr Köln.
1805/2011

6 Mitteilungen

6.1 PFT im Grundwasser und in Baggerseen zwischen Immendorf und Meschenich.
Hier: Sachstand zum 15.05.2011
2016/2011

6.2 'Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft' und Broschüre 'Köln
100 % - Kulturelle Vielfalt einer Stadt'
2315/2011

6.3 Inklusionsplan an Kölner Schulen - Aktueller Sachstand und Dokumentation
Auftaktveranstaltung
2380/2011

6.4 Psychiatriebericht 2011 des Gesundheitsamtes der Stadt Köln
2539/2011

- 6.5 Kinder von jugendamtsbekannten Eltern in Substitutionstherapie
Sicherstellung des Kinderschutzes
2445/2011

- 6.6 Aktualisierte 8. Neuauflage des "Kölner Gesundheitswegweisers für Migran-
tinnen und Migranten" erstellt
2526/2011

- 6.7 Neue Sperrbezirksverordnungen im Kölner Süden ab dem 01.05.2011, Bericht
für Mai 2011
2558/2011

- 6.8 Beantwortung Anfrage CDU-Fraktion AN /1293/2011
Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Grün am 30.06.2011
hier: Gesundheitlicher Verbraucherschutz in Köln
2733/2011

7 Mündliche Anfragen

- 7.1 Entlassungs- und Versorgungsmanagement

- 7.2 Brüsseler Platz

- 7.3 Palliativ- und Hospiznetzwerk

- 7.4 "Fit für 100" und "mobil im Alter"

- 7.5 Beratungsstellen für alkoholranke Menschen

I. Öffentlicher Teil

A. Verpflichtung von sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohnern gemäß § 5 der Hauptsatzung

Die Ausschussvorsitzende RM Frau Schmerbach verpflichtet Frau Barbara Brunelli (Mitglied des Integrationsrates) zur sachkundigen Einwohnerin des Gesundheitsausschusses.

0.1 Vorstellung der Stelle für TBC-Beratung des Gesundheitsamtes

RM Frau Schmerbach begrüßt Frau Dr. Funke und Herrn Dr. Maffei und bittet, die Stelle für TBC - Beratung des Gesundheitsamtes vorzustellen. Die Darstellung dieses Bereiches übernimmt Frau Dr. Funke anhand einer Power-Point-Präsentation.

Die Ausschussvorsitzende bedankt sich für die interessante Übersicht und bittet, die Folien der Präsentation der Niederschrift (*Anlage 1*) beizufügen.

Anschließend beantwortet Frau Dr. Funke die Fragen von SE Herrn Dr. Krebs, RM Frau Senol, SB Frau Houben und RM Herrn Uckermann.

RM Frau Schmerbach regt an, in Anbetracht des Tagesordnungsumfanges, dass die Ausschussmitglieder sich bei weiteren Fragen schriftlich an das Gesundheitsamt wenden sollen.

0.2 Vorstellung des Psychiatrieberichts 2011 des Gesundheitsamtes

Dieser Tagesordnungspunkt wird zusammen mit TOP 6.4 behandelt.

Herr Dr. Berger, Psychiatriereferent und Leiter der Abteilung Psychiatrie- und Drogenkoordination, Gesundheitsberichterstattung und –aufklärung erläutert den Psychiatriebericht 2011 mit Unterstützung einer Powerpoint-Präsentation.

RM Frau Schmerbach lobt den Bericht im Namen aller Ausschussmitglieder und bedankt sich für die informative Darstellung. Sie bittet, die Folie ebenfalls der Niederschrift beizufügen (*Anlage 2*).

(Anmerkung der Schriftführerin: Der Psychiatriebericht steht zwischenzeitlich barrierefrei unter <http://www.stadt-koeln.de/3/gesundheit/psychiatrie/> zur Verfügung)

Danach geht Herr Dr. Berger auf die Fragen von RM Herrn Peil, RM Frau Gärtner, SB Frau Houben, RM Frau Senol, SE Herrn Dr. Krebs und RM Herrn Uckermann ein.

Da die Frage von Frau Senol zur Altersstatistik nicht beantwortet werden kann, wird die Verwaltung mit dem Gesundheitszentrum für MigrantInnen in Köln Kontakt aufnehmen und danach den Gesundheitsausschuss unterrichten.

(Anmerkung der Schriftführerin: Die regelmäßig erfolgende Berichterstattung des Gesundheitszentrum für MigrantInnen enthält keine Altersstatistik).

1 Gleichstellungsrelevante Themen

Keine

2 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

2.1 Adäquate längere Unterbringungsmöglichkeiten von psychisch kranken Menschen hier: Anfrage von RM Frau Schmerbach in der Sitzung des Gesundheitsausschusses am 17.05.2011 2411/2011

Der Gesundheitsausschuss nimmt die umgedruckte Beantwortung der Verwaltung zur Kenntnis.

2.2 Investitionen in die Feuerwehr und den Rettungsdienst hier: Ergänzende Mitteilung zur Beantwortung einer Anfrage des Gesundheitsausschusses vom 17.05.2011 2274/2011

Der Gesundheitsausschuss nimmt die umgedruckte Beantwortung der Verwaltung zur Kenntnis.

**2.3 Gesundheitliche Versorgung von Obdachlosen im allgemein medizinischen und im zahnmedizinischen Bereich
hier: Anfrage von RM Frau Schmerbach in der Sitzung des Gesundheitsausschusses am 17.05.2011
2739/2011**

Der Gesundheitsausschuss nimmt die als Tischvorlage umgedruckte Beantwortung der Verwaltung zur Kenntnis.

3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

**3.1 Vorsorge gegen die Ausbreitung der sog. EHEC-Bakterien beim Menschen
Anfrage der CDU-Fraktion vom 03.06.2011
AN/1143/2011
AN/1143/2011**

Dieser Tagesordnungspunkt wird zusammen mit TOP 6.8 – Gesundheitlicher Verbraucherschutz – behandelt.

Herr Professor Dr. Wiesmüller nimmt mündlich zur Anfrage der CDU-Fraktion Stellung:

Bundesweit ist derzeit ein Stillstand im Hinblick auf neue Infektionsfälle zu verzeichnen. Mit Stand von heute Nachmittag sind für Köln 36 Fälle bekannt (18 Frauen im Alter von 11 bis 88 Jahren, 1 Mädchen, 15 Männer im Alter von 17 bis 82 Jahren und 2 Jungen). Die erste Meldung erfolgte am 23.05.2011, die letzte Meldung am 29.06.2011. Die Beobachtung, dass mehr Frauen als Männer betroffen waren und sind, zeigt sich für Köln nicht eindeutig.

Bei den in Köln aufgetretenen 4 HUS - Fällen (hämolytisch-urämisches Syndrom) waren allerdings nur Frauen betroffen.

Das Gesundheitsamt wurde und wird seit Mai 2011 zeitnah vom Robert-Koch-Institut (RKI) informiert. In Kooperation mit der Lebensmittelkontrolle sei dafür gesorgt worden, dass umfassende Informationen zur Küchenhygiene etc. über das Internet, an die Ärzteschaft, den Rettungsdienst, die Krankenhäuser, Heime, Kindergärten und Schulen verteilt wurden.

Eine Abfrage in den Kliniken wurde gestartet, um festzustellen, ob es irgendwo zu speziellen Häufungen oder Versorgungsengpässen komme. Mit Herrn Professor Dr. Dr. Lechleuthner wurde besprochen, wie die Verwaltung frühzeitig auf eventuelle Versorgungsengpässe reagieren könne.

Zurzeit laufen die Aufbereitungen der Fälle. Mit Spannung verfolge die Verwaltung die Quellensuche, da immer wieder neue Aspekte über die Herkunft des Erregers auftauchen.

RM Dr. Strahl bedankt sich für die Ausführungen und für die schnelle und breite Information der Bevölkerung, u.a. über das Callcenter sowie über das Internet.

Er möchte darüber hinaus wissen, ob der Verwaltung die evtl. Einnahmenverluste der Krankenhäuser für die Bereitstellung von Betten bekannt seien und wie diese Verluste ausgeglichen werden könnten.

Herr Professor Dr. Wiesmüller erläutert, dass der Verwaltung davon nichts bekannt sei. Er könne sich da nur aktuell auf die letzte Ausgabe des Deutschen Ärzteblattes beziehen. Danach werden von bundespolitischer Seite Bemühungen des Ausgleichs überlegt.

4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4.1 Sparpotenzial bei der Beschaffung von Rettungstransportwagen nutzen Antrag der FDP-Fraktion vom 06.06.2011 AN/1124/2011

4.1.1 Sparpotenzial bei der Beschaffung von Rettungstransportwagen hier: Stellungnahme zu einem Antrag der FDP Fraktion (AN/1124/2011) nach § 3 der Geschäftsordnung 2556/2011

Der Gesundheitsausschuss nimmt die umgedruckte Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

SE Herr Gaida ergänzt noch einen weiteren Aspekt zum vorliegenden Antrag.

RM Herr Dr. Strahl fragt nach, ob es sich für die zwei Fälle lohne, das System zu modifizieren.

Herr Feyrer von der Berufsfeuerwehr verweist auf die Angaben in der vorliegenden Stellungnahme der Verwaltung und fügt hinzu:

Eine wichtige Voraussetzung sei, dass Fahrgestell und Container zusammen passen. In den vergangenen 17 Jahren wurden ca. 60 Rettungswagen (Fahrgestelle plus Aufbau) genutzt. Die Verwaltung habe festgestellt, dass der wünschenswerte Effekt, einen gut erhaltenen Kastenaufbau auf ein neues Fahrgestell zu setzen, so gut wie nie vorgekommen sei.

RM Herr Paetzold vertritt die Auffassung, dass aufgrund der Ausführungen der Verwaltung der FDP-Antrag erledigt sei.

SE Herr Gaida sieht dies nicht so, da er die Erklärungen der Verwaltung nicht ganz nachvollziehen könne und erläutert seine Ansicht dazu.

Herr Feyer ergänzt seine vorangegangenen Äußerungen:

Aus der Stellungnahme der Verwaltung sei zu entnehmen, dass die Schnittstelle zwischen Fahrgestell und Aufbau eine wesentliche sei. Das hätte zur Konsequenz, dass nur noch ein Fahrgestell bei der Ersatzbeschaffung in Frage käme. Die Verwaltung sei nicht dagegen, dass von Herrn Gaida gewünschte Verfahren anzuwenden. In den bisher selten aufgetretenen Fällen konnte jedoch nur unter der Voraussetzung, dass man nach wie vor die geeigneten Fahrgestelle bekomme, entsprechend verfahren werden.

RM Herr Paetzold hat die Ausführungen der Verwaltung so verstanden, dass das von der FDP-Fraktion beantragte Verfahren bereits von der Verwaltung angewendet werde. Ihm sei unklar, warum es jetzt noch beschlossen werden sollte.

SB Frau Houben begrüßt es, dass die Feuerwehr das Anliegen der FDP-Fraktion genauso praktiziere, wie es der Antrag vorsehe. Trotzdem denke sie nicht, dass der Antrag zurückgezogen werden müsse. Er solle als Appell an die Verwaltung gelten, weiter so zu verfahren und bei dieser Praxis zu bleiben, sowie in jedem Einzelfall intensiv zu prüfen, damit diese Kosteneffekte sinnvoll genutzt werden können.

Die Ausschussvorsitzende RM Frau Schmerbach stellt fest, dass eigentlich nach den Ausführungen der Feuerwehr der Antrag erledigt sei, da so verfahren werde.

RM Herr Paetzold stellt den Antrag zur Geschäftsordnung, den Antrag unter TOP 4.1 als erledigt zu erklären.

SB Frau Houben entgegnet, dass aufgrund der vorangegangenen Diskussion **sie den Antrag zurückziehe** mit der Prämisse, dass ihre Fraktion sich vorbehalte, immer wieder nachzufragen.

5 Beschlussvorlagen

5.1 System für Medien- und Informationsmanagement und Visualisierung bei der Berufsfeuerwehr Köln. 1805/2011

RM Herr Peil stellt fest, dass das Rechnungsprüfungsamt unter dem Vorbehalt zugestimmt habe, dass vor einer Auftragsvergabe die Finanzierung sichergestellt sei. Dies bedeute einen Vorgriff auf den Haushalt 2012.

Herr Stadtdirektor Kahlen erklärt, dass die Beschlussvorlage von der Kämmerei mitgezeichnet wurde. Bezüglich der Hardware werde eine außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung aus dem Haushalt 2011 für 2012 umgewandelt in Kassenmittel in Höhe von 451.800 Euro. Für die erforderlichen Mittel der Wartung in Höhe von 430.000 Euro (86.000 Euro x 5 Jahre) werden zum Haushaltsplan 2012 bereitgestellt.

SB Frau Houben interessiert, wo das System installiert werden solle.

Herr Feyrer von der Berufsfeuerwehr erklärt, dass dieses System zunächst der Information innerhalb des Führungs- und Schulungszentrums in der Scheibenstraße diene. Dort gebe es Räume für die Leitstelle, für den Krisenstab unter Führung des Stadtdirektors und für die Einsatzleitung unter Führung des Leiters der Feuerwehr. Diesen Bereichen sollen mit dem Visualisierungssystem die gleichen Informationen zur Verfügung gestellt werden.

Optional sei es möglich, über Videokonferenzen Kontakt zu anderen Gebäuden (z.B. Polizeipräsidium, Leitstelle der KVB) aufzunehmen.

RM Herr Dr. Strahl bemerkt, dass die CDU-Fraktion schwer nachvollziehen könne, warum sich die Kosten von 1,6 Mio. Euro auf zwischenzeitlich 2,4 Mio. Euro erhöht haben. Ihn interessieren die Gründe der Preisexplosion.

Herr Feyrer erklärt zu den Mehrkosten, dass im Laufe des wettbewerblichen Dialogs sich gezeigt habe, dass gewisse Annahmen sich im Laufe der Projektentwicklung nicht eingetroffen seien und sich gezeigt habe, dass zusätzliche Investitionen benötigt werden. Im Bericht des Rechnungsprüfungsamtes werde dargestellt, dass die Art der gemeinsamen Projektentwicklung mit verschiedenen Anbietern sehr konstruktiv und effektiv war. Sie habe aber dazu geführt, dass bereits in dieser Phase erkannt wurde, an welcher Stelle die Vermutungen der Verwaltung noch korrigiert werden mussten. Er gehe davon aus, dass die jetzt vorliegende Kostenschätzung auf einer stabilen Grundlage stehe.

Die Frage der Notwendigkeit bejaht Herr Feyrer.

Herr Stadtdirektor Kahlen ergänzt, dass erstmals diese neue Form eines wettbewerblichen Dialogs ökonomisch richtig eingesetzt wurde. In diesem Verfahren werden die Anforderungen präzisiert.

Zur Frage der Notwendigkeit der Videokonferenzen teilt Herr Stadtdirektor Kahlen mit, dass man heute bei Großereignissen darauf angewiesen sei, in kurzer Zeit präzise Lagebilder wie z.B. funktionierende Rettungswege oder Entfluchtungsmöglichkeiten zu erhalten. Wenn der Krisenstab in der Lage sei, Bilder möglichst schnell an die entsprechenden Stellen zu transportieren, sei man auf jeden Fall auf der sicheren Seite. Die politische Kommunikation wird nach seiner Einschätzung eher im Rathaus als in der Scheibenstraße stattfinden. Daher gehöre es bei dem Thema Videokonferenzen auch dazu, bei Funktionsfähigkeit dieses Systems, die Verbindung ins Rathaus zu schaffen. Dies sei zurzeit infrastrukturell noch nicht vorgesehen. Der Ausschuss könne davon ausgehen, dass diese Möglichkeit im Konzept vorhanden sei. Die Ausbaukosten hätten jedoch nicht diese Dimension, wie sie heute zur Debatte stehe.

Die Ausschussvorsitzende Frau Schmerbach sieht es als problematisch an, heute über einen Teil der Kosten im Haushaltsjahr 2012 zu beschließen.

Herr Stadtdirektor Kahlen erläutert, dass es sich um einen Wartungsvertrag handle. Wenn der Ausschuss in bestimmten Bereichen Infrastruktur anschaffe und man auf eine externe Firma angewiesen sei, bringe eine Investition nur dann etwas, wenn gleichzeitig mit diesem Auftrag auch ein Wartungsvertrag abgeschlossen werde. Die Größenordnung von 86.000 Euro bewege sich in einem Maße, die er bei der Dimension des gesamten Brand- und Bevölkerungsschutzes für vertretbar und verkraftbar halte.

Auf Vorschlag der Ausschussvorsitzenden wird folgender Beschluss gefasst:

Beschluss:

Der Gesundheitsausschuss beschließt, die Verwaltungsvorlage ohne Votum in den Rat zu schieben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

6 Mitteilungen

**6.1 PFT im Grundwasser und in Baggerseen zwischen Immendorf und Meschenich.
Hier: Sachstand zum 15.05.2011
2016/2011**

Der Gesundheitsausschuss nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**6.2 'Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft' und Broschüre 'Köln 100 % - Kulturelle Vielfalt einer Stadt'
2315/2011**

Der Gesundheitsausschuss nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

RM Herr Peil begrüßt es, dass dem Gesundheitsbereich von Seite 37 bis Seite 40 im Konzept ein umfassender Teil mit insgesamt 18 Handlungsempfehlungen gewidmet wurde. Er sei gespannt, was dazu innerhalb der nächsten fünf Jahre von der Verwaltung vorgelegt werde.

RM Herr Dr. Strahl möchte von der Verwaltung wissen, wie die Nachhaltigkeit geprüft werde.

RM Herr Uckermann fragt zur Broschüre „Köln 100% - Kulturelle Vielfalt einer Stadt“ nach, an wen diese Broschüre ausgehändigt werde, welches Honorar der Fotograf erhalten habe und ob es eine Ausschreibung für den Druck der Broschüre gegeben habe. Darüber hinaus interessiere ihn die Gesamtsumme für die Studie und für die Broschüre.

Die Ausschussvorsitzende RM Frau Schmerbach vertritt die Auffassung, dass die Verwaltung die Fragen schriftlich beantworten solle.

**6.3 Inklusionsplan an Kölner Schulen - Aktueller Sachstand und Dokumentation Auftaktveranstaltung
2380/2011**

Der Gesundheitsausschuss nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

RM Frau Senol möchte wissen, ob zu der Veranstaltung „Eine Schule für alle“ auch Migrantenorganisationen mit eingeladen wurden oder ob gesondert Veranstaltungen angeboten werden.

Frau Beigeordnete Reker sagt zu, die Fragen an die die entsprechende Stelle weiterzuleiten.

6.4 Psychiatriebericht 2011 des Gesundheitsamtes der Stadt Köln 2539/2011

Der Tagesordnungspunkt wurde mit Punkt 0.2 zusammen behandelt.

Der Gesundheitsausschuss nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

Die Mitglieder des Gesundheitsausschusses loben den vorliegenden Psychiatriebericht 2011 und bedanken sich für die interessante Darstellung.

6.5 Kinder von jugendamtsbekannten Eltern in Substitutionstherapie Sicherstellung des Kinderschutzes 2445/2011

Der Gesundheitsausschuss nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

SB Frau Houben hält die Begrenzung auf die Kinder von substituierten Eltern für etwas einschränkend. Sie fragt nach, warum sich die Verwaltung nicht in ähnlicher Weise auch um Kinder kümmere, von denen man weiß, dass die Eltern unterschiedliche illegale Substanzen zu sich nehmen. Durch die Zusammenarbeit zwischen der Verwaltung und dem Familiengericht sei bekannt, welche wirklich validen, gerichtsfesten Werte es gebe, um die Kinder aus den Familien herauszuholen.

Darüber hinaus möchte SB Frau Houben gerne noch wissen, inwieweit es Beratungsprogramme für die Eltern gebe, die substituiert werden.

Die Ausschussvorsitzende Frau Schmerbach weist darauf hin, dass auf Seite 3 der Mitteilung dargestellt sei, dass die Verwaltung davon ausgehe, Ende der Sommerferien eine Gesamtübersicht über die Untersuchungsergebnisse den Ausschüssen vorzulegen.

Herr Dr. Strahl möchte wissen, warum man diese Untersuchungen auf Kinder bis 6 Jahre beschränke und was mit Kindern geschehe, die älter seien.

Herr Völlmecke vom Amt für Kinder, Jugend und Familie teilt zur Altersgruppe ergänzend zur Mitteilung mit, dass die Verwaltung davon ausgehe, dass es in Köln noch weitere Familien gebe, in denen die Eltern am Substitutionsprogramm teilnehmen.

Die Verwaltung habe sich hier in einem ersten Schritt zunächst auf die Familien konzentriert, die dem Jugendamt bekannt seien. Die Verwaltung habe sich erst einmal auf die Altersgruppe 0 bis 6 Jahre beschränkt, weil Probleme bei den über 6 jährigen Kin-

der in der Schule dem Lehrpersonal auffallen. Bei entsprechenden Hinweisen werde im Rahmen der Kooperation Schule – Jugendamt das Jugendamt benachrichtigt.

Die Kinder von 0 bis 6 Jahren sind ungeschützt, weil sie der Öffentlichkeit vorenthalten werden können. Deshalb habe man dort die erste Priorität gesehen. Sofern entsprechende Erkenntnisse durch die Haaruntersuchung gewonnen werden, könne die Verwaltung die Familie in Augenschein nehmen.

Es sei richtig, dass nicht alle Familien erfasst werden, da das Jugendamt kein Screening quer durch die Stadt mache.

Herr Völlmecke erklärt weiter, dass das Thema Beratungsprogramme für Eltern dem Jugendamt ein Anliegen sei. Es gebe eine Absprache mit der Methadonambulanz des Gesundheitsamtes, dass von dort nur Eltern und Erwachsene mit Kindern aufgenommen werden, wenn sie sich bereit erklären, dass die Methadonambulanz das Jugendamt über die Teilnahme informieren kann. Danach werde den Familien Unterstützung und Beratung angeboten.

Das scheint nach Auffassung des Jugendamtes der richtige Weg zu sein. Es sollen Gespräche mit den niedergelassenen Ärzten geführt werden, die solche Vorgehensweisen noch nicht praktizieren.

Die Ausschussvorsitzende Frau Schmerbach weist abschließend darauf hin, dass der Ausschuss, wie angekündigt, eine Gesamtübersicht erhalten werde.

6.6 Aktualisierte 8. Neuauflage des "Kölner Gesundheitswegweisers für Migrantinnen und Migranten" erstellt 2526/2011

Der Gesundheitsausschuss nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

SE Frau Brunelli fragt die Verwaltung, ob die Broschüre an die Migrantenorganisationen nur auf Anfrage versendet werde.

Frau Beigeordnete Reker teilt mit, dass die Verwaltung davon ausgehe, dass die allermeisten Organisationen die Broschüren bereits haben, da die 7. Auflage 2010 nach kürzester Zeit vergriffen gewesen sei. Der Gesundheitswegweiser sei wichtig für die Arbeit in den Beratungsstellen.

6.7 Neue Sperrbezirksverordnungen im Kölner Süden ab dem 01.05.2011, Bericht für Mai 2011 2558/2011

Der Gesundheitsausschuss nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

SB Frau Houben weist auf einen Brief an die FDP-Fraktion von Agisra hin, in dem von nicht korrektem Verhalten von Mitarbeitern des Sozialamtes bzw. der Polizei gegenüber verschiedenen Frauen berichtet werde. Sie bittet die Verwaltung um Stellungnahme.

Herr Stadtdirektor Kahlen stellt fest, dass er erst gestern Kenntnis von diesem Schreiben erhalten habe. Die Verwaltung wurde dazu auch gestern im AVR befragt.

Die Verwaltung gehe davon aus, dass sie offensichtlich nicht auf dem Verteiler des Briefes vorgesehen war, sondern nur die Fraktionen. Die Verwaltung habe sofort zugesagt, diesem Vorfall nachzugehen und alle beteiligten Institutionen zu befragen. Bis heute Nachmittag habe er noch kein Zwischenergebnis erhalten. Zurzeit können diese Vorwürfe nicht bestätigt werden.

SB Frau Houben stellt fest, dass in dem vorliegenden Schreiben stehe, dass es an den Leiter des Amtes für öffentliche Ordnung, Herrn Kilp, gesandt wurde und zur Kenntnis an Herrn Stadtdirektor Guido Kahlen und an die Fraktionen. In der FDP-Fraktion sei es am 22.06.2011 eingegangen.

Herr Stadtdirektor Kahlen bekräftigt noch einmal, dass er erst gestern von diesem Brief erfahren habe. Er erklärt, dass die Verwaltung dabei sei, den Sachverhalt über die Beteiligten zu klären. Das Ergebnis der Prüfung werde den Ausschussmitgliedern, auch unabhängig von Ausschussterminen, mitgeteilt.

Die Ausschussvorsitzende Frau Schmerbach bittet, die Ergebnisse auch dem Ausschuss Soziales und Senioren mitzuteilen.

RM Herr Dr. Strahl verweist auf einen Hinweis der Verwaltung, dass der SKF einen sogenannten „Shuttleservice“ in die Geestemünder Straße anbieten würde. Offensichtlich treffe dies auf Schwierigkeiten in der Akzeptanz durch die betroffenen Frauen. Außerdem gehe er davon aus, dass die Wohnwagen nicht von den Prostituierten entfernt wurden, so wie es in der Mitteilung stünde.

Herr Stadtdirektor Kahlen erwidert, der Abtransport sei in der Nacht zum 01.05.2011 von den betroffenen Frauen bzw. von Helfern erfolgt. Er habe sich persönlich vor Ort ein Bild gemacht.

**6.8 Beantwortung Anfrage CDU-Fraktion AN /1293/2011
Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Grün am 30.06.2011
hier: Gesundheitlicher Verbraucherschutz in Köln
2733/2011**

Die Mitteilung wurde zusammen mit TOP 3.1 behandelt.

Der Gesundheitsausschuss nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

7 Mündliche Anfragen

7.1 Entlassungs- und Versorgungsmanagement

RM Frau Gärtner bezieht sich auf ein Treffen der CDU-Fraktion mit Seniorenvertretern. Dabei sei angemerkt worden, dass in einigen Krankenhäusern Defizite bezüglich des Entlassungs- und Versorgungsmanagements bestehen würden.

In diesem Zusammenhang hätten die Seniorenvertreter auf das Essener Modell hingewiesen. Die Stadt Essen habe mit den Kliniken auf freiwilliger Basis eine Vereinbarung getroffen. Sie möchte wissen, ob in Köln dieses Modell bekannt sei und ob daran gedacht werde, so etwas einzuführen.

Frau Beigeordnete Reker antwortet, dass ihr das Essener Modell bekannt sei. Es gebe auch andere Städte im Ruhrgebiet, die mit Krankenhäusern ein abgesprochenes Entlassungs- und Versorgungsmanagement erstellt haben. Sie begrüße diese Vorgehensweise. Es gebe überall ein Entlassungs- und Versorgungsmanagement, nur sei es nicht vereinheitlicht.

Ein einheitliches Verfahren sei in Köln viel schwieriger, da es hier viel mehr Krankenhäuser in unterschiedlicher Trägerschaft gebe.

Eine Arbeitsgruppe der Kommunalen Gesundheitskonferenz habe dieses Thema aktuell wieder aufgegriffen. Sobald Ergebnisse vorliegen, werden sie dem Gesundheitsausschuss vorgestellt.

7.2 Brüsseler Platz

RM Herr Uckermann möchte wissen,

1. ob das Gesundheitsamt auf dem Brüsseler Platz schon mal wegen hygienischer Missstände tätig geworden sei. Seit einiger Zeit gebe es dort einen wachsenden Zulauf und Ansammlungen von Menschen, ohne das es hierfür WC-Anlagen gebe,
2. ob der Verwaltung bekannt sei, dass es am Brüsseler Platz eine Drogenszene gebe und
3. ob es einen Alarmplan der Feuerwehr bei Massenpaniken gebe.

Herr Stadtdirektor Kahlen schlägt vor, die Fragen schriftlich zu beantworten.

7.3 Palliativ- und Hospiznetzwerk

Ausschussvorsitzende RM Frau Schmerbach fragt, ob die Arbeit des Palliativ- und Hospiznetzwerkes Köln bis Ende des Jahres dem Gesundheitsausschuss vorgestellt werden könne.

Die Verwaltung wird eine entsprechende Mitteilung vorbereiten.

7.4 "Fit für 100" und "mobil im Alter"

Ausschussvorsitzende RM Frau Schmerbach würde es begrüßen, wenn die Verwaltung dem Gesundheitsausschuss das Projekt „Fit für 100“ und „mobil im Alter“ nach den Sommerferien vorstellen könnte.

Die Verwaltung sagt zu, diesem Wunsch zu entsprechen.

7.5 Beratungsstellen für alkoholranke Menschen

Ausschussvorsitzende RM Frau Schmerbach fragt an, ob es möglich sei, die Arbeit der Beratungsstellen für alkoholranke Menschen dem Gesundheitsausschuss vorzustellen.

Die Verwaltung sagt dies zu.

Herr Dr. Strahl bittet zukünftig zu berücksichtigen, dass pro Ausschusssitzung nur ein Vortrag auf die Tagesordnung gesetzt werde.

Die Ausschussvorsitzende bittet, dies bei der Aufstellung der Tagesordnung zu beachten.